



Niedersächsischer Chemiegipfel 2025

Wirtschaftspolitisches Positionspapier

Viele Unternehmen der chemischen Industrie befinden sich aktuell in einer bedrohlichen wirtschaftlichen Lage. Insbesondere die energieintensive Grundstoffindustrie verzeichnet starke Produktionsrückgänge und eine Kapazitätsauslastung von zuletzt nur 72 %. Die strukturellen Schwächen der deutschen Volkswirtschaft verstärken die Krise und bremsen den Aufschwung. Es zeichnet sich keine kurzfristige Verbesserung der Situation ab. Energiepreiskrise, belastende Bürokratie, Fachkräftemangel und Reformstau lähmen die norddeutsche Chemieindustrie.

Die Branche kämpft um ihre Wettbewerbsfähigkeit. Investitionen werden auf den Prüfstand gestellt, viele Investitionen werden bereits jetzt im außereuropäischen Ausland getätigt. Diese Entwicklung bedroht den Wohlstand sowie die Finanzierbarkeit unseres Landes und bringt gut bezahlte Arbeitsplätze in Gefahr. Einnahmen für notwendige Investitionen, insbesondere für die Transformation, können unter diesen Bedingungen nicht erwirtschaftet werden.

Dabei ist die Produktion in deutschen Chemiestandorten in der Regel deutlich nachhaltiger als an anderen Standorten.

Die chemische Industrie ist für viele andere Produktionsbereiche der Anfang der Wertschöpfungskette. Geht dieser Teil verloren, durch Abwanderung oder Schließung, fehlt diesen Wertschöpfungsketten die Grundlage und es droht ihr vollständiger Verlust. Das verstärkt die Abhängigkeit von Importen und schwächt die Resilienz.

Deshalb hat Niedersachsens Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne gemeinsam mit den Sozialpartnern der chemischen Industrie, Positionen erarbeitet, um die Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie nachhaltig zu stärken und die Arbeitsplätze zu erhalten.

Für die Chemieindustrie sind insbesondere folgende Themenfelder überlebenswichtig:

1. Wettbewerbsfähige Energiepreise sowie eine gesicherte stetige Energieverfügbarkeit.
2. Unterstützende Industriepolitik zur Stärkung des Standortes und Förderung der Transformation.
3. Entlastung der Wirtschaft durch spürbaren Bürokratieabbau und deutliche Verfahrensvereinfachung.

1. Wettbewerbsfähige Energiepreise sowie eine gesicherte stetige Energieverfügbarkeit

Für eine wettbewerbsfähige Produktion benötigt die Chemieindustrie dringend:

- Die sichere Verfügbarkeit von ausreichend Strom und Gas zu international wettbewerbsfähigen Preisen. Das erfordert auch die Entwicklung einer

Erdgasversorgungsstrategie, die eine wirksame Absenkung der Großhandelspreise für Erdgas und – in der Folge – auch für Strom ermöglicht.

- Die Strompreiskompensation muss erweitert und ein nationaler Industriestrompreis eingeführt werden.
- Das perspektivische Auslaufen der Netzentgeltrabatte für große Grundlastverbraucher („Bandlast-Regel“) droht zu einer massiven Erhöhung der Netzentgelte für die energieintensive Industrie zu führen. Es bedarf dringend einer äquivalenten Entlastung für die betroffene Industrie.
- Die Berücksichtigung von Chemieparks im Energierecht muss gewährleistet sein.
- Einen Planungsvorrang für einen schnelleren Ausbau von Regenerativen Energien, Netzen und Speicherkapazitäten unter Beachtung der Netz- und Systemdienlichkeit und unter Vermeidung von weiter steigenden Redispatchkosten.
- Den Ausbau des Wasserstoffkernnetzes und der erforderlichen Wasserstoffspeicher, die Anbindung von Erzeugern und Verbrauchern sowie die Sicherung von Bezugsquellen für grünen oder übergangsweise andersfarbigen Wasserstoff, um Wasserstoff verstärkt nutzen zu können.
- Eine Beschleunigung der Verfahren beim Ausbau von Netzanschlusskapazitäten. Verfahren für neue Stromanschlüsse oder Erweiterungen mit einer Dauer von mehreren Jahren verhindern sowohl Erweiterungsinvestitionen, als auch Neuansiedlungen stromintensiver Unternehmen.

2. Unterstützende Industriepolitik zur Stärkung des Standortes und Förderung der Transformation

Für das Gelingen der Transformation benötigt die Chemieindustrie dringend:

- Einen sicheren Schutz vor Dumping und subventionierten Importen.
- Unterstützung der Grundstoffproduktion oder Produktion kritischer Rohstoffe in Unternehmen auf allen Ebenen: u.a. Zugang zu Finanzierungen, Verfahrensbeschleunigung, Garantien für Mindestpreise bzw. Abnahmegarantien. Grundstoffe und kritische Rohstoffe sind essentielle Basis vieler Wertschöpfungsketten, die andernfalls insgesamt abzuwandern drohen.
- Eine staatliche Investitionsbegleitung und -förderung über geeignete und unbürokratische Instrumente, insbesondere zur Beschäftigungssicherung und zur Förderung des klimaneutralen Umbaus der Wirtschaft, etwa durch Klimaschutzverträge oder durch eine gezielte Forschungsförderung bei der Entwicklung zukunftssträchtiger Technologien und Produkte.
- Eine Stärkung der Sozialpartnerschaft für eine hohe Standortattraktivität.
- Eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft u.a. mit dem Ziel der Unabhängigkeit von Rohstoffimporten.
- CO₂ ist ein wichtiger Rohstoff für die chemische Industrie. Daher ist der Aufbau einer kosteneffizienten und wettbewerbsfähigen CO₂-Infrastruktur mit Speicherung (CCS) im europäischen Kontext und eine Verteilinfrastruktur dringend erforderlich.
- Die ab Januar 2026 geplante Reduktion der Ausgabe von kostenlosen CO₂-Zertifikaten muss so lange verschoben werden, bis CBAM wirksam ist. Deshalb benötigen wir eine notwendige Reform des EU-Emissionshandels (ETS).

3. Entlastung der Wirtschaft durch spürbaren Bürokratieabbau und deutliche Verfahrensvereinfachung

Für eine Zukunftsperspektive benötigt die Chemieindustrie dringend:

- Eine Vereinfachung und Digitalisierung von Genehmigungsverfahren, insbesondere für Infrastruktur- und Transformationsprojekte.
- Die Nutzung des Instruments des Praxischecks in allen Bundesressorts für neue und bestehende Rechtsetzung mit erheblichen Auswirkungen für die Wirtschaft.
- Die Anpassung des Genehmigungsrechts des BImSchG an die gestuften Realitäten der modernen Industrieanlagenplanung, indem eine sogenannte Grundgenehmigung mit anschließenden Freigaben in Abhängigkeit von jeweiligen Verfahrensständen neu in das BImSchG eingeführt wird (z. B. in einem neuen § 8b BImSchG).
- Eine Begrenzung statistischer Meldepflichten, die verstärkte Nutzung von Sekundärstatistiken und die sofortige Umsetzung des sog. Once-only-Prinzips.
- Eine 1:1-Umsetzung von EU-Richtlinien, z.B. der Richtlinie über Industrieemissionen (IED), und kein gold plating.
- Eine Festsetzung von Grenzwerten in EU-Regularien, die unter realen Produktionsbedingungen messbar und mit geeigneten BVTs (Beste Verfügbare Technik) auch erreichbar sind.
- Ein EU-Omnibusverfahren für EU-Chemikalienvorschriften.

Fazit:

Dieses Papier ist eine auf Basisnotwendigkeiten reduzierte Beschreibung der kurzfristig notwendigen Maßnahmen. Alle Unterzeichner werden sich dafür einsetzen, diese Themen und Forderungen in die politische Diskussion und die Gesetzgebungsprozesse auf nationaler und europäischer Ebene einzubringen.